

**Ursula Hoffmann-Lange,
Christiane Eilders**

Das rechtsradikale Potential unter Jugendlichen in der Bundesrepublik'



Dr. Ursula Hoffmann-Lange, Forschungs- und Lehrtätigkeit an Universitäten Bonn, Mannheim und Austin/Texas. Forschungsgebiete: Politische Soziologie (Wahlverhalten, politische Kultur, Eliten); vergleichende Regierungslehre, Methoden der empirischen Sozialforschung. Publikationen: »Die Veränderungen der Sozialstruktur des Ministerrates der DDR 1949-1969« (1971); »Konsens und Konflikt zwischen Führungsgruppen in der Bundesrepublik Deutschland« (1980; zus. mit H. Neumann und B. Steinkemper), Beiträge in deutschen und amerikanischen Sammelwerken und Zeitschriften.

Christiane Eilders, geboren 1962, Studium der Kommunikationswissenschaft, Psychologie und Amerikanistik an der Universität München. Seit 1989 in der Abteilung »Jugend und Politik« am DJI. Hauptarbeitsgebiete: Politisches Informationsverhalten Jugendlicher sowie deren Einstellungen zu staatlichen Institutionen.

Die Wahlerfolge der »Republikaner« bei den Jungwählern in den Landtags-, Kommunal- und Europawahlen des Jahres 1989 haben der Frage nach dem rechten Einstellungspotential bei Jugendlichen erneut Aktualität verliehen. In Wahl- bzw. Einstellungsanalysen wurde zur Erklärung dieser Wahlerfolge oft zumindest unterschwellig eine Zunahme des rechtsextremistischen Potentials bei bundesdeutschen Jugendlichen konstatiert, ohne daß diese jedoch empirisch belegt worden wäre. Im folgenden wird geprüft, ob die verfügbaren Wahl- und Umfrageergebnisse eine solche These stützen.

Wahlerfolge rechter Parteien in der Bundesrepublik und soziale Merkmale der Rechtswähler

Nach der Wahl in Berlin im Januar 1989 und den hessischen Kommunalwahlen im März 1989 war zunächst das Entsetzen darüber groß, daß die »Republikaner« bei den Jungwählern weit überdurchschnittliche Ergebnisse erzielt hatten. Dieser Trend setzte sich allerdings bei den Europawahlen im Juni 1989 kaum fort. Hier rekrutierten sich die Wähler der »Republikaner« vielmehr ziemlich gleichmäßig aus allen Altersgruppen². Dennoch ist das relativ gute Abschneiden der »Republikaner« bei den Jungwählern ein neues Phänomen, da beispielsweise die NPD in den 60er Jahren in der Gruppe der Jungwähler nur unterdurchschnittlichen Anklang fand und damit eher als eine Partei unverbesserlicher Altnazis angesehen werden kann als dies für die heutigen Rechtsparteien gilt. Bei den Bundestagswahlen 1969 hatte die NPD insgesamt 4,4% der Stimmen erhalten, bei den Jungwählern (21-30 Jahre) dagegen nur 3,0%. Ob es den »Republikanern« allerdings gelingen wird, sich dauerhaft als fünfte Partei zu etablieren, und zwar in der Gesamtwählerschaft wie auch bei den Jungwählern, ist nach ihrem schlechten Abschneiden bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen (1,8%) und Niedersachsen (1,6%) im Mai 1990 zu bezweifeln.

Soziodemographisch rekrutieren sich die Wähler der »Republikaner« überwiegend aus den unteren Bildungsschichten bzw. der Arbeiterschaft und den Landwirten (D. Roth 1989, S. 12 f.; SPIEGEL 41/1989). Diese Gruppe wurde von der politischen Einstellungsforschung während der letzten zwanzig Jahre ziemlich vernachlässigt – zugunsten der linken Szene und der im Gefolge der Bildungsexpansion zunehmenden Gruppen der Studenten und Yuppies. Etwas provokant könnte man sagen, daß über der Euphorie über die neue, postmaterialistische Generation³ die stattliche Minderheit derjenigen vergessen wurde, deren materielle Sicherheit traditionell am geringsten ist. Selbst im Rahmen der Wertewandelstheorie sollte es nicht verwundern, daß hier ein Mobilisierungspotential für rechte Parteien entstanden ist. Dabei besteht diese Gruppe keineswegs nur aus jüngeren Arbeitslosen, sondern sie umfaßt die Gesamtgruppe derjenigen mit unterdurchschnittlichen Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Viele Umfragen haben gezeigt, daß Arbeitslosigkeit einen deutlichen Effekt auf den Grad der Zufriedenheit mit dem politischen System hat (z.B. R.A. Roth 1989, S. 83). Die Annahme, daß auch schon die Wahrnehmung einer Bedrohung der eigenen beruflichen Position die Zufriedenheit mindert, ist durchaus plausibel (vgl. Paul 1989, S. 148).

Weiter fällt auf, daß die »Republikaner« bei den weiblichen Wählern unterdurchschnittlichen Erfolg haben (vgl. Tabelle 1). Dieser wurde vielfach auf die politischen Inhalte des REP-Programms zurückgeführt, vor allem auf die »Männerbündelei« der Rechtsextremisten und ihre Geringschätzung von Frauen. So sieht Hofmann-Göttig die Hauptursache für die geschlechtsspezifischen Unterschiede in der bei den »Republikanern« zentralen Aus-

Tabelle 1
Wahlverhalten in der Bundesrepublik (Prozent)

	CDU/ CSU	SPD	FDP	GRÜNE/ AL	Rechts- parteien
<i>Europawahl BRD</i>					
<i>18. 6. 1989</i>					
Gesamt	37,3	38,3	5,2	8,3	REP 7,1
Männer	34,9	37,9	5,2	8,2	9,6
Frauen	39,3	38,7	5,3	8,3	4,9
<i>18- - 25jährige</i>					
Gesamt	27,7	36,8	5,5	16,2	7,9
Männer	28,4	34,4	5,7	14,6	10,4
Frauen	27,0	39,4	5,2	18,1	5,1
<i>Europawahl Frankfurt/M.</i>					
<i>18. 6. 1989</i>					
Gesamt	31,3	37,3	5,0	14,8	DVU+REP 9,4
18- - 25jährige	22,0	35,0	5,1	25,7	8,2
<i>Kommunalwahl Frank- furt/M. 12. 3. 1989</i>					
Gesamt	35,0	41,3	4,7	10,6	NPD 6,5
18- - 25jährige	25,3	40,9	4,0	16,8	9,3
<i>Wahlen zum Abgeordne- tenhaus Berlin 29. 1. 1989</i>					
Gesamt	36,9	37,8	3,6	11,9	AL REP 8,1
18- - 25jährige	23,3	35,3	3,5	21,0	14,3
Männer	21,6	33,8	4,3	19,2	18,8
Frauen	25,3	36,9	2,6	23,2	9,1

darin, daß die REP-Wähler zu einem deutlich höheren Prozentsatz als die Wähler der übrigen Parteien mit der Demokratie in der Bundesrepublik und mit der Besetzung der führenden Positionen unzufrieden sind. Zudem haben sie ein geringeres Vertrauen in etablierte Institutionen. Die Umfragen des IPOS-Instituts ergaben 1989 in der Bundesrepublik einen Anteil von 26,8% mit der Demokratie Unzufriedener bei allen Befragten, während dieser bei denen mit einer Präferenz für die »Republikaner« bei 58,5% lag. Eine im Frühjahr 1989 von EMNID für den SPIEGEL durchgeführte Untersuchung zeigt ferner, daß die Wähler der »Republikaner« weit weniger Vertrauen in wichtige Institutionen des öffentlichen Lebens wie die Justiz, den Bundestag, die Bundesregierung, die Medien usw. haben. Die durchschnittliche Prozentsatzdifferenz beträgt 15,6. Dabei genießen die politischen Parteien mit nur 35% insgesamt (REP-Wähler: 11%) am wenigsten, das Bundesverfassungsgericht mit 82% (REP-Wähler: 71%) am meisten Vertrauen. Damit sprechen verschiedene Indikatoren dafür, daß die Stimmabgabe für die »Republikaner« Protestwahlverhalten ist: die deutlich geringere Zufriedenheit der REP-Wähler mit der Demokratie, ihr geringeres Vertrauen in die politischen Institutionen und insbesondere die politischen Parteien sowie ihr mangelndes Vertrauen in die »Responsivität« der Politiker.

Leider weisen die verfügbaren Umfragedaten für die Wähler der »Republikaner« zu geringe Fallzahlen auf, als daß sie noch nach dem Alter der Befragten unterteilt werden könnten. Von daher muß hier das Argument, daß auch jüngere Wähler die Wahl der »Republikaner« als eine Option zum Ausdruck politischer Unzufriedenheit betrachten, durch eine indirekte Beweisführung gestützt werden. Wie Tabelle 2 zeigt, ist die Unzufriedenheit mit der Demokratie und mit der Responsivität der Politiker in dieser Gruppe signifikant höher als bei den Wählern über 30 Jahren⁴. Eine von Infas 1988 durchgeführte Jugendumfrage in Nordrhein-Westfalen ergab zwar im Vergleich zu den 1989 im SPIEGEL berichteten Zahlen etwas höhere Vertrauenswerte für die Parteien,

Tabelle 2
Politische Zufriedenheit (Prozent)

	Alter	
	18-29 Jahre	30 Jahre und älter
1. Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie – alles in allem – mit der Demokratie, so wie sie in der Bundesrepublik Deutschland besteht?		
zufrieden	83,0	87,2
unzufrieden	17,0	12,8
2. Alles in allem gesehen, kann man in einem Land wie der Bundesrepublik Deutschland sehr gut leben:		
eher zustimmend	94,0	97,1
eher ablehnend	6,1	2,9
3. Die Politiker kümmern sich nicht viel darum, was Leute wie ich denken:		
eher zustimmend	70,5	67,9
eher ablehnend	29,5	32,1

Quelle: ALLBUS 1988.

länderfeindlichkeit, die seines Erachtens Frauen weniger anspricht, da es sich hierbei um eine »Botschaft der männlichen Ellenbogengesellschaft« handele (1989, S. 31). Die Stichhaltigkeit dieser Erklärung ist bisher allerdings nicht schlüssig bewiesen. D. Roth führt die große Geschlechterdifferenz bei den »Republikaner«-Wählern demgegenüber auf das geringere politische Interesse von Frauen zurück sowie auf ihre generell geringere Bereitschaft, neue Parteien zu wählen. Am Anfang waren die weiblichen Wähler nämlich bei den GRÜNEN ähnlich klar unterrepräsentiert, dies hat sich jedoch im Lauf der Zeit geändert (Roth 1989, S. 11 f.).

Die Wahl rechter Parteien als Protestwahlverhalten

Die verfügbaren Umfragedaten über die politischen Einstellungen der Wählerschaft legen die Interpretation nahe, daß ein großer Teil der Wählerstimmen für die »Republikaner« von Protestwählern kommt, die mit der Wahl dieser Partei ihre Unzufriedenheit mit den etablierten Parteien zum Ausdruck bringen wollen, sich aber hinsichtlich ihrer übrigen politischen Einstellungen nicht fundamental von den Wählern insbesondere der beiden großen Parteien unterscheiden. Dies zeigt sich

aber auch dort landeten diese bei den Vertrauenseinschätzungen für 17 Institutionen mit 42% Vertrauen weit abgeschlagen und wurden nur noch von den Großunternehmen (28% Vertrauen) unterboten. Dies stützt die Vermutung einer auch bei den jüngeren Wählern verbreiteten Parteienverdrossenheit, die die Neigung zur Wahl von Protestparteien fördert.

Ist die 1989 gefundene Unzufriedenheit der Wähler mit den Parteien Teil eines langfristigen Trends? Dann würden das Protestwählerpotential und damit auch die Wahlchancen der Rechtsparteien zunehmen. Tatsächlich weist die Wahlforschung schon seit geraumer Zeit auf eine allgemeine Tendenz der Abwanderung der Wähler von den etablierten Parteien hin. Die im SPIEGEL (21/1989) berichteten Zahlen der Entwicklung des Vertrauens in die Parteien sinken von 50% im Jahr 1983 auf 35% im Frühjahr 1989. Gleichzeitig ist die generelle Zufriedenheit mit der Demokratie in der Bundesrepublik und der Gerechtigkeit ihres politischen Systems durchweg relativ hoch – zwischen 65% und 80% (Fuchs 1989, S. 134 ff.).

Die Trenddaten deuten also primär auf abnehmende Zufriedenheit mit den aktuellen politischen Bedingungen und weniger auf einen Legitimitätseinbruch des gesamten politischen Systems hin. Das hohe Maß an allgemeiner Unzufriedenheit mit der Demokratie in der Bundesrepublik, das die REP-Wähler äußern, steht dem nicht entgegen. Umfragen haben nämlich immer wieder gezeigt, daß mit dieser Frage nicht nur Zustimmung zur demokratischen Ordnung, sondern zu einem Gutteil



auch die Zufriedenheit mit der aktuellen politischen Situation und der gegenwärtigen Regierung gemessen wird (vgl. Fuchs 1989, S. 137). Solange keine Daten verfügbar sind, die zeigen würden, daß die von der Mehrheit der REP-Wähler geäußerte Unzufriedenheit mit der Demokratie in der Bundesrepublik tatsächlich mit einer Ablehnung der demokratischen Regierungsweise einhergeht, ist daher der Schluß nicht zulässig, daß bei ihnen politische Unzufriedenheit in eine prinzipiell demokratiefeindliche Haltung umgeschlagen ist. Zudem ist zu berücksichtigen, daß im internationalen Vergleich die Zufriedenheit mit der Demokratie in der Bundesrepublik bei verschiedensten Erhebungen die höchsten Werte erreichte (Fuchs 1989, S. 162). Daher ist der Erfolg der »Republikaner« kaum ein Votum gegen die demokratische Ordnung in der Bundesrepublik.

Die Wahlforschung konstatiert einen Trend zur Flexibilisierung des Wahlverhaltens. Damit nehmen aktuelle Themen an Bedeutung für die Wahlentscheidung zu.

Zugleich steigt im Falle politischer Unzufriedenheit die Wahrscheinlichkeit für die Wahl von Protestparteien. Diese ist schließlich in der Bundesrepublik – wie in den meisten parlamentarischen Demokratien – für die Bürger eine der wenigen legitimen Möglichkeiten, ihre Unzufriedenheit mit politischen Einzelentscheidungen zum Ausdruck zu bringen. Aus verschiedenen Gründen neigen junge Menschen eher zu Protestwahlverhalten als ältere. Erstens zeigen sich gesellschaftliche Trends bei ihnen immer in verstärktem Maße, da das Brüchigwerden von Traditionen zunächst deren Vermittlung an die nachwachsende Generation beeinträchtigt. Im politischen Sozialisationsprozeß werden aber nicht nur politische Einstellungen, sondern auch Parteiloyalitäten vermittelt. Junge Menschen haben daher noch kaum stabile Parteineigungen und sind offener für neue Angebote im politischen Raum.

Aus dem insgesamt doch recht hohen Zufriedenheitsniveau der Wähler in der Bundesrepublik ergibt sich jedoch, daß das Mobilisierungspotential von Protestparteien jedweder Couleur relativ gering ist, und die Unzufriedenen zudem Reformen lediglich im Rahmen des demokratischen Institutionengefüges anstreben.

Anders als zu Zeiten der Weimarer Republik dürfte es antidemokratischen Parteien in der Bundesrepublik daher schwer fallen, nennenswerten Anhang zu finden. Immerhin befürwortet heute eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung ein Mehrparteiensystem bzw. hält die Demokratie für die beste Staatsform (vgl. Gabriel 1987; Fuchs 1989). Die Unterstützung für ein Mehrparteiensystem im Vergleich zu einem Einparteiensystem ist zwischen 1953 und 1978 von 53% auf 92% gestiegen, die Notwendigkeit eines Parlaments wurde 1956 von lediglich 69%, 1982 dagegen von 82% bejaht (Fuchs 1989, S. 190 f.).

Die Unterstützung einer demokratischen Regierungsform ist unter jüngeren Menschen eher noch höher. In einer Jugendstudie von Schmidtchen hielten jeweils Anteile von weit über 80 Prozent der Befragten freie Meinungsäußerung, Gleichheit vor dem Recht, freie Berufswahl und Pressefreiheit für unverzichtbare Bestandteile einer Demokratie. Wesentlich kritischer waren die Befragten allerdings, was die Realisierung dieser Ideale in der Bundesrepublik angeht (1983, S. 129). Andererseits waren jedoch nur zwei Prozent der befragten Jugendlichen der Meinung, die bestehenden Verhältnisse müßten von Grund auf geändert werden (1983, S. 171). Von daher ist das Bemühen der »Republikaner«-Partei um demokratische Respektierlichkeit voll verständlich.

Nationale Identität, Nationalismus und Ausländerfeindlichkeit

In welchem Ausmaß unterscheiden sich die Wähler der »Republikaner« in ihren politischen Einstellungen von den Wählern anderer Parteien? Solche Einstellungsunterschiede sind Hinweise auf die Bedeutung »rechter Themen« für die Wahlentscheidung. Umgekehrt können sie auch zeigen, wie groß der Anteil derjenigen ist, die aufgrund ihrer Einstellungen zu solchen Themen durch rechte Parteien mobilisierbar sind. Auch hier ist nach Trends in der öffentlichen Meinung und insbesondere bei den Jugendlichen zu fragen, um festzustellen, ob es sich um ein konstantes oder ein zunehmendes Einstellungspotential handelt.

Allerdings müssen wir generell von einer unbestimmten Beziehung zwischen politischen Einstellungen und dem Wahlverhalten ausgehen: Bestimmte Einstellungen können zwar die Wahl einer Partei nahelegen, die entsprechende Person kann jedoch in der Praxis durchaus auch eine andere Partei wählen. Auch wenn sich daher die Einstellungen der Anhänger der verschiedenen Parteien deutlich unterscheiden, sind die Überschneidungsbereiche in der Regel doch beträchtlich⁵. Damit legt die Verteilung von Einstellungen zu politischen Themen in der Bevölkerung keineswegs einen bestimmten Wahlausgang nahe. Das tatsächliche Wahlverhalten hängt zusätzlich ganz wesentlich von den Angeboten im politischen Raum ab, d. h. von der Struktur des Parteiensystems.

Nationalismus ist ein klassisches Thema der Rechten. Zudem ist allgemein bekannt, daß die »Republikaner« von Anbeginn die Ausländerthematik als Vehikel zur Mobilisierung politischer Unterstützung benutzt haben. Von daher liegt es nahe, zu überprüfen, inwieweit sich dieses Thema zur Wählermobilisierung für die rechten Parteien eignet. Für lange Jahre war der geringe Nationalstolz das herausragende Merkmal der Bundesdeutschen in internationalen Vergleichsumfragen. Noch 1981 lag der Anteil derer, die stolz darauf waren, Deutscher zu sein bei 59% im Vergleich zu 96% in den USA und 86% in Großbritannien. Andererseits unterschied sich die Bundesrepublik hierin nur wenig von den Niederlanden (60%) und Japan (62%) (Fuchs 1989, S. 117 ff.). Bis 1989 ist dieser Prozentsatz allerdings deutlich, nämlich auf 69,9% gestiegen. Dabei sind die Unterschiede zwischen den Anhängern verschiedener Parteien sehr ausgeprägt: 85% der CDU/CSU-Wähler, 67% der SPD-Wähler, 58,2% der FDP-Wähler, nur 23,3% der Wähler der GRÜNEN, aber 86,6% der »Republikaner«-Wähler sind stolz darauf, Deutscher zu sein (IPOS 1989, S. 63).

Nun ist Nationalstolz für sich genommen noch nichts Schlechtes, da er nicht notwendigerweise mit Nationalismus im Sinne von Fremdenfeindlichkeit einhergehen muß. In Deutschland liegt die Sache insofern etwas anders, als der deutsche Nationalismus – anders als etwa in den USA und Großbritannien – von Anbeginn nicht mit demokratischen, sondern mit autoritären politischen Strukturen assoziiert wurde. Von daher ist also zu fragen, ob der gestiegene Nationalstolz auch mit einer Zunahme nationalistischer Einstellungen einhergeht.

REP-Wähler stehen nationalistischen Parolen weit aufgeschlossener gegenüber als der Bevölkerungsdurchschnitt. So stimmte in einer EMNID-Umfrage für den SPIEGEL (15/1989) weniger als die Hälfte aller Befragten der Aussage zu »Wir sollten darauf achten, daß wir das Deutsche rein erhalten und Völkervermischung verhindern«, während der Mittelwert der Wähler der »Republikaner« deutlich über dem Durchschnittswert und auch über 50 Prozent lag. Ähnliche Differenzen ergaben sich für die Einschätzung der Hitlerzeit und die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze. Damit lassen sich bei den rechten Wählern durchaus noch ausgeprägte Restbestände alten nationalistischen Gedankengutes feststellen⁶. Die verfügbaren Trenddaten sprechen allerdings dagegen, die Zunahme des Nationalstolzes in der Bundesrepublik mit einem Wiederaufleben des traditionellen deutschen Nationalismus gleichzusetzen. Die Befürwortung des Nationalsozialismus ist nämlich seit dem Ende des 2. Weltkriegs in der Bundesrepublik kon-

tinuierlich zurückgegangen (Noelle-Neumann/Piel 1983, S. 191).

Leider sind die Ergebnisse der EMNID-Umfrage im SPIEGEL nicht nach dem Alter der Befragten aufgeschlüsselt, so daß für die Beurteilung, ob auch die jüngeren Befragten noch in nennenswertem Ausmaß nationalistische Einstellungen aufweisen bzw. die Hitlerzeit befürworten, auf andere Studien zurückgegriffen werden muß. In einer Infas-Studie unter Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen 1989 stimmten nur 21% der Aussage zu, der Nationalsozialismus habe auch gute Seiten gehabt, während 76% diese Aussage ablehnten (Infas 1989, S. 48). In der Gesamtbevölkerung (SPIEGEL 15/1989) waren 1989 demgegenüber 43% der Meinung, der Nationalsozialismus habe gute und schlechte, und drei Prozent meinten sogar, er habe nur gute Seiten gehabt. Auch wenn das Frageformat in der Bevölkerungsumfrage die Wahl der gemischten Kategorie (gute und schlechte Seiten) leichter machte als die Jugendumfrage, zeigt die Infas-Untersuchung, daß Nationalsozialismus und Führerprinzip für die meisten Jugendlichen keine relevanten Themen sind. Im Zeitverlauf wurde zudem die Einstellung gegenüber dem Nationalsozialismus deutlich negativer. Nach der Studie von Allerbeck/Hoag nahm bei den 16- bis 18jährigen der Anteil derer, die ihm positive Seiten abgewinnen konnten, von 1962 bis 1983 von 37,4% auf 15,7% ab (1985, S. 135).

Auch der Antisemitismus ist nach einer Studie des Allensbacher Instituts für Demoskopie unter Jugendlichen weit schwächer ausgeprägt als beim Bevölkerungsdurchschnitt, er liegt hier bei 9% im Vergleich zu 15% der Gesamtbevölkerung und sogar 27% bei der ältesten Kohorte (Paul 1989, S. 37). Schließlich spricht auch die äußerst geringe Sympathie, die nationalistischen Gruppen entgegengebracht wird, gegen ein Wiederaufleben des Nationalismus bei Jugendlichen. Verschiedene Jugenduntersuchungen der 80er Jahre⁷ fragten nach der Sympathie mit verschiedenen Jugendgruppen, u. a. der Friedensbewegung, den Umweltschützern, Rockern, Poppern, Punks wie auch nationalistisch eingestellten Gruppen. Letztere erhielten durchweg die schlechtesten Bewertungen. In allen drei Studien äußerten weniger als 5% Prozent der Jugendlichen Sympathie für solche Gruppen, 10% bis 15% waren bereit, sie zu tolerieren, während drei Viertel sie ablehnten bzw. als Gegner betrachteten.

Der gestiegene Nationalstolz der Bundesdeutschen geht also nicht mit einer Zunahme nationalistischer oder gar nationalsozialistischer Ideen einher, sondern ist eher auf eine zunehmende Identifikation mit der Bundesrepublik als Gemeinwesen zurückzuführen. Dies zeigen die Ergebnisse einer Replikationsbefragung von 1959 und 1988, die der Frage nachging, worauf sich der Nationalstolz der Bürger verschiedener Länder im einzelnen gründet. Die von Almond und Verba 1959 durchgeführte Studie über politische Kultur in westlichen Demokratien ergab hierzu einen deutlichen Unterschied zwischen der Bundesrepublik und den älteren Demokratien. Während in den USA und Großbritannien in erster Linie die politischen Institutionen genannt wurden, auf die die Befragten stolz waren, rangierten bei den bundesdeutschen Befragten die wirtschaftlichen Errungenschaften an erster Stelle. Diese Output-Orientierung wurde vielfach als schwache Legitimationsbasis der bundesrepublikanischen Demokratie empfunden. Man hat die Bundes-

republik aus diesem Grunde oft als Schönwetterdemokratie bezeichnet, die durch eine größere Rezession gefährdet werden könnte. Eine Wiederholungsbefragung von 1988 in der BRD und Großbritannien zeigt allerdings, daß sich dies mittlerweile geändert hat. Die Bürger der Bundesrepublik unterscheiden sich in dieser Frage nicht mehr von denen Großbritanniens. Insbesondere die jüngeren und die gebildeteren Befragten betrachten heute in erster Linie die demokratischen Institutionen als wichtig für ihr Nationalgefühl (Mohler 1989). Nationalstolz ist heute in der Bundesrepublik nicht mehr durchgängig mit dem traditionell aggressiven deutschen Nationalismus gleichzusetzen. Zusätzlich muß man berücksichtigen, aus welchen Quellen er sich speist.

Der Rückgang des Nationalismus bedeutet nun aber keineswegs, daß nationale Ressentiments, die unter dem Eindruck einer wahrgenommenen Krisensituation wieder aufflammen könnten, nicht mehr weiterbestehen. Vielmehr zeigt sich in vielen westeuropäischen Staaten, daß der im Verlauf der letzten Jahrzehnte zu beobachtende Zustrom von Ausländern in den Gastnationen zu deren verstärkter Ablehnung geführt hat. Diese Ablehnung blieb in Zeiten der Vollbeschäftigung politisch latent, konnte jedoch angesichts hoher Arbeitslosenraten in den 80er Jahren von neuen Rechtsparteien zunehmend zur Mobilisierung ausländerfeindlicher Gefühle und Aktionen genutzt werden. Im Gegensatz zur ersten Hälfte unseres Jahrhunderts sind es heute nicht mehr Modernisierung und Urbanisierung, die als bedrohlich empfunden werden, sondern die Ausländer werden als Konkurrenz um knappen Wohnraum und knappe Arbeitsplätze betrachtet. Die Ausländerfeindlichkeit wurde daher vielfach auf den »Wohlstands-Chauvinismus« der reichen Westeuropäer zurückgeführt. Bei diesem spielt die subjektive Wahrnehmung der wirtschaftlichen Bedrohung eine größere Rolle als persönlich erlebte Arbeitslosigkeit (Hoskin 1985, S. 201).

Es gibt inzwischen eine Fülle empirischer Belege dafür, daß die Wähler der »Republikaner« sich in erster Linie durch ihre Ausländerfeindlichkeit von den Wählern anderer Parteien unterscheiden. Man kann fast sagen, daß die »Republikaner« eine Einthemenpartei (Single Issue Party) im Sinne der Wahlforscher sind. In einer EMNID-Umfrage für den SPIEGEL vom Sommer 1989 (16/1989) bevorzugten z. B. 58% der Wähler der »Republikaner« gegenüber nur 28% der Befragten insgesamt die Bezeichnung »Fremde« für die in der BRD lebenden Ausländer, nur 3% im Vergleich zu 38% insgesamt wollten sie als Mitbürger anerkennen.

Angesichts dieser Ergebnisse hängt der Erfolg der Rechtsparteien daher stark vom Umfang des ausländerfeindlichen Potentials in der Gesamtwählerschaft ab. Neuere Untersuchungen zeigen, daß in der Bundesrepublik durchaus eine beträchtliche Ausländerfeindlichkeit existiert. Eine Infas-Studie ermittelte 1982 bei 49% der Befragten ausländerfeindliche Einstellungen (Stöss 1989, S. 49). 1987 hielten immerhin 37% der Befragten einer Repräsentativbefragung die Parole »Ausländer raus« für zumindest teilweise berechtigt (Infas, 1989). In einer EUROBAROMETER-Studie von 1989 meinten über 40% der Befragten in der Bundesrepublik, es lebten zu viele Ausländer im Lande. Ende 1988 hielten in einer anderen EUROBAROMETER-Studie 43% die Anwesenheit von Ausländern aus Nicht-EG-Ländern im Lande für eine schlechte Sache. Vergleichbar hohe Prozentsätze

ergaben sich allerdings für solche Fragen auch in Frankreich, England, Dänemark und Belgien. Von daher ist das ausländerfeindliche Potential in der Bundesrepublik im internationalen Vergleich nicht ungewöhnlich hoch. Zudem gibt es Hinweise darauf, daß die Ausländerfeindlichkeit in der Bundesrepublik nicht zu-, sondern sogar abgenommen hat. So stimmten in der ALLBUS-Befragung 1988 35,9% der Befragten der Aussage zu, man sollte die Gastarbeiter wieder nach Hause schicken, wenn die Arbeitsplätze knapp werden. 1980 hatte die Zustimmung hingegen noch bei 52,1% gelegen.

Schließlich zeigen die verfügbaren Daten, daß die Ausländerfeindlichkeit in der jüngeren Generation durchweg deutlich geringer ist als beim Bevölkerungsdurchschnitt. Während sich in der Infas-Studie von 1982 in der ältesten Gruppe der über 64jährigen 63% ausländerfeindliche Personen befanden, lag der Prozentsatz in der jüngsten Gruppe der unter 20jährigen bei nur 23%. In der Infas-Jugendumfrage in Nordrhein-Westfalen (Infas 1989) stimmten 1988 nur 16% der Jugendlichen der Parole »Ausländer raus« zu. Umgekehrt lehnten nur 16% der Gesamtbevölkerung, aber 39% der Jugendlichen und sogar 53% der Jugendlichen mit Hochschulbildung diese Parole ab.

Damit zeigen die empirischen Ergebnisse, daß ein nicht unerhebliches Mobilisierungspotential in dieser Frage besteht. Dieses hat zwar im Lauf des letzten Jahrzehnts abgenommen und liegt bei den jüngeren Wählern niedriger als bei den älteren, erreicht aber auch hier noch politisch bedeutsame Größenordnungen. Zwar bedeutet dies nicht, daß alle Personen mit ausländerfeindlichen Einstellungen auch tatsächlich bereit sind, rechte Parteien zu wählen. Angesichts der erhöhten Flexibilität der Wähler und ihrer vielfach geringen Zufriedenheit mit konkreten politischen Entwicklungen kann es rechten Parteien jedoch gelingen, aus der verbreiteten Ausländerfeindlichkeit Nutzen zu ziehen, sobald z.B. der Zuzug von Asylbewerbern und Immigranten bzw. Aussiedlern aus osteuropäischen Ländern von vielen Bürgern als politisches Problem empfunden wird. Es ist daher nicht von ungefähr, daß die Anteile der Sympathie für die »Republikaner« eng mit der wahrgenommenen Dringlichkeit der Ausländerfrage zusammenhängt. Seit Ende 1989 haben allerdings die Entwicklungen in der DDR und die Frage der deutschen Einigung die Ausländerfrage deutlich in den Hintergrund gedrängt. Während bei der Frage nach den wichtigsten Problemen in der Bundesrepublik die Nennungen für Ausländer/Asylanten/Aussiedler in den Politbarometerbefragungen von August 1989 bis Februar 1990 von 47,6% auf 10,8% sanken, nannten nun 77,2% der Befragten ein Problem aus dem Bereich DDR/Wiedervereinigung/Währungsunion. Dies erklärt den drastischen Rückgang der »Republikaner« in der öffentlichen Gunst, zumal es der Partei schwerfällt, aus Ressentiments gegenüber den Übersiedlern aus der DDR politisches Kapital zu ziehen, vertritt sie doch aus ideologischen Gründen zugleich nationalistische Parolen. Währenddessen differenzieren ihre Wähler kaum zwischen Asylanten, Aussiedlern und Übersiedlern aus der DDR (vgl. D. Roth 1989, S. 17). Sie sind generell fremdenfeindlich, nicht speziell ausländerfeindlich. Zwar sprechen sich die REP-Wähler zu einem ebenso hohen Prozentsatz wie die Gesamtheit der Wähler für die Wiedervereinigung aus, jedoch begrüßte ein wesentlich geringerer Anteil von ihnen in der

zweiten Hälfte 1989 den Zuzug von Übersiedlern aus der DDR. Nach der Öffnung der Mauer hatten sie weniger Verständnis für die Übersiedler, die immer noch in die Bundesrepublik kamen, als der Durchschnitt.

Die Befürwortung demokratischer Prinzipien, politischer Toleranz und autoritärer Werte

Neben Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit ist auch die Befürwortung autoritärer gesellschaftlicher Strukturen ein traditionelles Thema rechter Parteien. Zum Schluß soll daher noch kurz untersucht werden, inwieweit sich unter den Jugendlichen in der Bundesrepublik solch autoritären Präferenzen ausmachen lassen. Zunächst ist festzustellen, daß demokratische Prinzipien wie Mehrparteiensystem, Meinungsfreiheit, Demonstrationsrecht und Gleichheit vor dem Gesetz inzwischen in der Bundesrepublik fast universell anerkannt sind, bei Jugendlichen noch mehr als bei Erwachsenen. Allerdings nimmt die politische Toleranz deutlich ab, wenn die Befragten zwischen Freiheitsrechten einerseits und politischer Stabilität bzw. der öffentlichen Ordnung andererseits entscheiden sollen. In einem solchen Fall gibt zumindest eine knappe Mehrheit der Ordnung immer den Vorrang. Dies ist allerdings keine spezifisch deutsche Erscheinung, sondern ein auch in anderen Demokratien verbreitetes Phänomen. Stabilität und »law and order« werden fast überall für wichtig gehalten. Es ist immer leichter, eine »schweigende Mehrheit« für hartes Durchgreifen gegen unbeliebte Minderheiten, d.h. für eine Einschränkung von Freiheitsrechten, zu mobilisieren als umgekehrt (vgl. Hoffmann-Lange 1987).

Unterteilt man in bezug auf solche Fragen die Befragten nach ihrer Parteipräferenz, so zeigen sich deutliche Unterschiede in erster Linie zwischen den Anhängern der GRÜNEN und denen der übrigen Parteien. Liberale Einstellungen, d.h. die Betonung individueller Freiheitsrechte sowie Verständnis für Protestverhalten sind bei den Anhängern der GRÜNEN ausgeprägter. Gleichzeitig nehmen diese eine geringere Bedrohung durch Kriminalität wahr. Die REP-Wähler unterscheiden sich hier bestenfalls durch eine geringfügig autoritärere Haltung von den Wählern der großen Volksparteien, auf jeden Fall lange nicht so deutlich wie im Hinblick auf ihre Einstellungen zu Ausländern (IPOS 1989, S. 46 ff.).

Wichtig ist hier noch anzumerken, daß autoritäre Einstellungen mit zunehmender Bildung abnehmen und gleichzeitig bei den jüngeren Befragten weniger ausgeprägt sind als bei den älteren (vgl. Tabelle 3).

Zudem haben über die letzten dreißig Jahre liberale Einstellungen in der Bundesrepublik deutlich zugenommen. Grund dafür sind die Ersetzung älterer, z. T. noch im Kaiserreich aufgewachsener Alterskohorten durch die unter demokratischen Bedingungen aufgewachsene Nachkriegsgeneration, wie auch das gestiegene Bildungsniveau der Bevölkerung. Dies zeigt sich z.B. am abnehmenden Anteil der Befürworter der Todesstrafe. Dieser sank in den regelmäßigen Umfragen des Instituts für Demoskopie, Allensbach von 55% im Jahre 1950 auf 28% Ende 1980. Bei den jüngeren Kohorten war die Abnahme im selben Zeitraum sogar noch deutlicher, nämlich von 55% auf 16%. Und schließlich zeigt eine Vergleichsstudie bei Schülern in den USA und der Bun-

Tabelle 3

Bewertung von Freiheitsrechten und Toleranz gegenüber Minderheiten

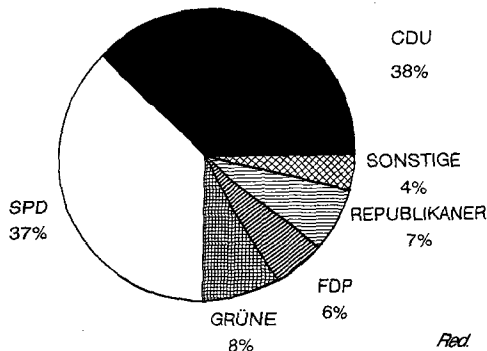
	Alter	
	18–29 Jahre % Zustimmung	30 Jahre und älter % Zustimmung
1. Jeder Bürger hat das Recht, notfalls für seine Überzeugungen auf die Straße zu gehen.	95,3	89,9
2. Die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Interessensgruppen in unserer Gesellschaft und ihre Forderungen an die Regierung schaden dem Allgemeinwohl.	40,8	55,8
3. Der Bürger verliert das Recht zu Streiks und Demonstrationen, wenn er damit die öffentliche Ordnung gefährdet.	58,6	73,1
4. Ein Kommunist sollte als Lehrer 15 Jahre alte Schüler unterrichten dürfen.	36,7	24,2
5. Ein Neo-Nazi sollte als Lehrer 15 Jahre alte Schüler unterrichten dürfen.	7,9	8,5

Quelle: ALLBUS 1988.

desrepublik, daß in beiden Ländern autoritäre Einstellungen seit 1945 deutlich abgenommen haben. Diese Abnahme war bei den bundesrepublikanischen Jugendlichen sogar noch ausgeprägter, so daß diese heute im Durchschnitt liberalere Einstellungen aufweisen als die amerikanischen, während es 1945 noch umgekehrt war (Lederer 1983).

Das rechte Potential bei Jugendlichen in der Bundesrepublik

Nach Umfragedaten ist das rechte Einstellungspotential bei Jugendlichen geringer als bei Erwachsenen. Dennoch ist auch bei den Jugendlichen – und nicht nur in der Bundesrepublik – eine gar nicht so kleine Minderheit für rechte Parolen, insbesondere für Ausländerfeindlichkeit und traditionell-autoritäre Werte mobilisierbar. Ob es den »Republikanern« gelingt, dieses Potential tatsächlich zu mobilisieren, hängt stark davon ab, wie zufrieden die Jugendlichen mit den bestehenden politischen Verhältnissen und den etablierten politischen Parteien sind. Da die Jugendlichen heute weit weniger als früher über ihre Klassen- oder Religionszugehörigkeit in quasi vorgegebene Parteibindungen hineinwachsen, sind sie wesentlich offener für die Wahl neuer Parteien. Daher haben neue Parteien ganz generell eine gute Chance, unzufriedene Jungwähler zu mobilisieren. Allerdings bedeutet die Unterstützung rechter ebenso wie linker systemkritischer Parteien durch Jugendliche nicht notwendigerweise, daß diese Parteipräferenzen dauerhafter Natur sind. Eine wichtige Entwicklung in den letzten Jahren ist schließlich die zunehmende Flexibilität der Wähler, die sich heute in ihrem Wahlverhalten zu einem erheblichen Ausmaß von kurzfristigen politischen Präferenzen und strategischen Überlegungen leiten lassen. Der plötzliche Aufschwung der »Republikaner« und ihr ebenso schneller Niedergang zeugen davon, wie problematisch es ist, aus aktuellen Wahlergebnissen langfristige politische Prognosen abzuleiten.



Anmerkungen

- Die Abteilung »Jugend und Politik« des DJI hat begonnen, einschlägige Publikationen und Sekundäranalysen älterer Jugendstudien aufzuarbeiten, um die Entwicklung der politischen Einstellungen Jugendlicher und junger Erwachsener in der Bundesrepublik zu analysieren. Dieser Artikel versucht, die empirische Evidenz zu einem Themenbereich, dem rechtsradikalen bzw. rechtsextremistischen Potential vorläufig zusammenfassend zu bewerten. Wir verzichten dabei darauf, Rechtsradikalismus und Rechtsextremismus definitorisch abzugrenzen (vgl. dazu Klingemann/Pappi, 1972; Backes 1989).
- Ein Vergleich der Europawahlergebnisse in Frankfurt mit den Frankfurter Kommunalwahlen zeigt, daß der Anteil der rechten Parteien (»Republikaner« plus DVU) in der Gruppe der Jungwähler mit 8,2% dem NPD-Anteil von 9,3% bei den Kommunalwahlen nahekommt, während dieser in der Gesamtwählerschaft von 6,5% auf 9,4% zugenommen hat.
- Zur Diskussion um den Wertewandel und die jüngeren Bildungsschichten als seine Hauptträger vgl. Inglehart (1989), Klages (1985) und Bürklin (1984).
- Die Werte in Tabelle 2 und Tabelle 3 entstammen der »Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) 1988. Der ALLBUS ist ein von Bund und Ländern finanziertes Projekt, das bei ZUMA (Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen e.V., Mannheim) und beim Zentralarchiv für empirische Sozialforschung (Köln) realisiert wird. Die Daten sind als Studie S 1670 beim Zentralarchiv für empirische Sozialforschung (Köln) erhältlich. Die Verwendung der Daten in diesem Beitrag erfolgt außerhalb der Verantwortung obiger Institutionen.
- Ein aktuelles Beispiel soll dies verdeutlichen: In der Politbarometerbefragung vom Januar 1990 meinten 52,0% aller Befragten, die Übersiedler aus der DDR bekämen bei uns zu viele Vergünstigungen. Unterteilt man die Befragten nach ihrer Wahlabsicht, so wird diese Meinung von den Wählern der GRÜNEN und der FDP mit knapp über 40% weniger geteilt als von den Wählern der Unionsparteien und der SPD mit 51,2% bzw. 54,0%. Unter den Wählern der Republikaner sind sogar fast drei Viertel dieser Meinung. Daraus kann man allerdings nicht den Umkehrschluß ziehen, daß diese Meinung jemanden zur Wahl der »Republikaner« prädisponiere. Prozentuiert man nämlich auf die Zahl derjenigen, die diese Meinung geäußert haben, so haben von diesen nur knapp drei Prozent eine Wahlabsicht für die »Republikaner« geäußert. Man kann hier als Beispiel auch noch die SINUS-Jugendstudie von 1983 erwähnen, die ergeben hat, daß Ausländerfeindlichkeit und Sympathien für die Alternativbewegung sich bei den Jugendlichen durchaus nicht ausschließen müssen.
- Ähnliches gilt für den Antisemitismus. Bei der Frage nach der Einstellung zu den in Deutschland lebenden Juden äußerten sich 18% aller Befragten negativ, bei den REP-Wählern 52%.
- Dazu gehören die Shell-Jugendstudie von 1981, die SINUS-Jugendstudie von 1983 sowie eine 1987 durchgeführte Jugendumfrage des EMNID-Instituts.

Literatur

- ALLBUS 1988:** Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften. Codebuch. Köln: Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung (ZA-Nr.1670)
- Allerbeck, Klaus R./Wendy Hoag 1985:** Jugend ohne Zukunft? München: Piper
- Backes, Uwe, 1989:** Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Opladen: Westdeutscher Verlag

- Baker, Kendall L./Russell J. Dalton/ Kai Hildebrandt 1981:** Germany Transformed. Cambridge (Mass.): Harvard University Press
- Conradt, David P. 1989:** The German Polity. 4. Auflage. New York: Longman
- EMNID 1987:** Zur Beteiligung junger Menschen in der Bundesrepublik Deutschland in Jugendorganisationen. Manuskript. Bielefeld: EMNID
- EUROBAROMETER 1989:** Rassismus und Ausländerfeindlichkeit. Sonderausgabe. Brüssel: Kommission der Europäischen Gemeinschaften
- FORSA 1989:** Rechtswähler in einer SPD-Hochburg; dargestellt am Beispiel des Dortmunder Nordens. Manuskript. Dortmund
- Fuchs, Dieter 1989:** Zur Unterstützung des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. Opladen: Westdeutscher Verlag
- Gabriel, Oskar W. 1987:** Demokratiezufriedenheit und demokratische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland. Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 22, S. 32-45
- Heitmeyer, Wilhelm 1987:** Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. Weinheim: Juventa
- Heitmeyer, Wilhelm 1989:** Jugend und Rechtsextremismus. Von ökonomisch-sozialen Alltagserfahrungen zur rechtsextremistisch motivierten Gewalt-Eskalation. In: Gerhard Paul (Hrsg.): Hitlers Schatten verblaßt. Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachf., S. 101-133
- Hennig, Eike et al. 1982:** Neonazistische Militanz und Rechtsextremismus unter Jugendlichen. Stuttgart: W. Kohlhammer Verlag (Bd. 15 der Schriftenreihe des Bundesministeriums des Innern)
- Hoffmann-Lange, Ursula, 1987:** Eliten als Hüter der Demokratie: In: Dirk Berg-Schlösser/ Jakob Schissler (Hrsg.): Politische Kultur in Deutschland. Politische Vierteljahresschriften, Sonderheft 18. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 378-391
- Hofmann-Göttig, Joachim 1989:** Die Neue Rechte: Die Männerparteien. Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 41/42, S. 21-32
- Hoskin, Marilyn 1985:** Public Opinion and the Foreign Worker. Comparative Politics, Vol. 19, S. 193-210
- Institut für angewandte Sozialwissenschaft (infas) 1989:** Perspektiven von Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen im Zeichen des technischen und sozialen Wandels. Textbericht, Teil 1. Bonn
- IPOS 1989:** Einstellungen zu aktuellen Fragen der Innenpolitik 1989. Mannheim: Institut für praxisorientierte Sozialforschung
- Jugendwerk der Deutschen Shell 1981:** Jugend '81. Band 3. Hamburg: Jugendwerk der Deutschen Shell
- Jugendwerk der Deutschen Shell 1985:** Jugendliche + Erwachsene '85. Band 5. Leverkusen: Leske + Budrich
- Klages, Helmut 1985:** Wertorientierungen im Wandel. 2. Auflage. Frankfurt: Campus Verlag
- Klingemann, Hans D./Franz U. Pappi 1972:** Politischer Radikalismus. München: R. Oldenbourg
- Lederer, Gerda 1983:** Jugend und Autorität. Opladen: Westdeutscher Verlag
- Mohler, Peter Ph. 1989:** Der Deutschen Stolz: Das Grundgesetz. ISI - Informationsdienst Soziale Indikatoren. Nr. 2, Juli 1989, S. 1-4
- Noelle-Neumann, Elisabeth/Edgar Piel (Hrsg.) 1983:** Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1978 - 1983. München: K.G. Saur
- Paul, Gerhard (Hrsg.) 1989:** Republik und »Republikaner«. Vergangenheit, die nicht vergehen will? In: Ders. (Hrsg.): Hitlers Schatten verblaßt. Die Normalisierung des Rechtsextremismus. Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachf., S. 134-163
- Reuband, Karl-Heinz 1988:** Von äußerer Verhaltenskonformität zu selbständigem Handeln: Über die Bedeutung kultureller und struktureller Einflüsse für den Wandel in den Erziehungszielen und Sozialisationsinhalten. In: Heinz Otto Luth/Heiner Meulemann (Hrsg.): Wertewandel - Faktum oder Fiktion? Frankfurt: Campus, S. 73-97
- Roth, Dieter 1989:** Sind die Republikaner die fünfte Partei? Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 41-42, S. 10-20
- Roth, Rainer A. 1989:** Jugendarbeitslosigkeit und politische Kultur. Passau: Passavia Universitätsverlag
- Schmidtchen, Gerhard 1983:** Jugend und Staat. In: Ulrich Matz/ Gerhard Schmidtchen: Gewalt und Legitimität. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 105-437
- SINUS 1981:** 5 Millionen Deutsche: »Wir sollten wieder einen Führer haben«. Die SINUS-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen. Reinbek: Rowohlt (rororo aktuell 4929)
- SINUS 1983:** Die verunsicherte Generation. Jugend und Wertewandel. Opladen: Leske + Budrich
- SINUS 1985:** Die verunsicherte Generation. Jugend und Wertewandel. Materialienbände 1 und 2. Stuttgart: Kohlhammer
- Stöss, Richard 1989:** Die extreme Rechte in der Bundesrepublik. Opladen: Westdeutscher Verlag